

# Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Lohnmanns Sonntagblatt“ und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. verliert jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbspaltige Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Weitergabe unbeeidlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Zeitung, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 17

Dienstag, den 9. Februar 1932

34. Jahrg.

## Freibank-Fleischverkauf.

Dienstag, den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr, gutes Rindfleisch im rohen Zustande. Das Pfund kostet 0,40 RM.

Kemberg, den 8. Februar 1932.

Der Magistrat.

## „Volk will Hindenburg“

Sahm über die Aktion seines Ausschusses.

Berlin, 7. Februar.

In seiner Unterredung mit einem Pressevertreter über die Aktion des Hindenburg-Ausschusses führte Dr. Sahm u. a. aus: Es sei nicht die Absicht gewesen, eine Probeabstimmung für die Präsidentschaftswahl zu veranstalten. Dem Ausschuss sei es zunächst darauf angekommen, durch eine Stimmenzählung eine eindeutige Kundgebung für den Reichspräsidenten von Hindenburg zu ermöglichen.

Genau hätte man die Einzelmehrheit, nachdem in den ersten Stunden des ersten Tages sich schon weit über 20 000 Wähler eingetragen hatten, leicht abbrechen können. Der Ausschuss wollte jedoch den Verlauf der Vertauschung nicht vorzeitig abbrechen. Da der Zustand in den Einzelmehrheiten immer noch anhalte, könne er nur sagen, daß das Ziel des Zurückes vom Volk klar erfüllt worden sei.

Das endgültige Gesamtergebnis lasse sich naturgemäß nicht so rasch feststellen, wie bei allgemeinen Wahlen, da dem Ausschuss der behördliche Zählapparat nicht zur Verfügung stehe. Die Mitwirkung der Presse habe sich auf das Beste bewährt. Er hoffe, daß die Zeitungen ihn mit derselben Kraft in der nächsten Woche unterstützen würden. Ihm sei vorgeworfen worden, daß er zu wenig organisiert hätte. Dies sei jedoch Ablicht gewesen, da einmal hierfür die Zeit zu kurz gewesen wäre und dann auch jetzt noch keine Wahlpfugnisse eingeleitet werden sollte. Zunächst sollte vielmehr nur dem Gedanken, „Das Volk will Hindenburg“ zum Ausdruck verhelfen werden. Für die eigentliche Wahl müsse dann allerdings mehr getrieben werden.

## Deutsche Abwehr

... gegen französische Eilgenachrichten.

Berlin, 7. Februar.

Zu den Behauptungen des Berichterstatters zum französischen Wehrbüro, Bouillour-Casont im „Matin“, erklärt das Reichswehrministerium: Die Behauptungen Bouillour-Casonts enthalten nichts Neues. Sie sind in eine Linie zu stellen mit den kürzlich in gehäufiger Form zurückgewiesenen Angaben der Senatoren Bourgeois und Etcard.

Was die angeblichen Bestände an Material und Munition anlangt, die Deutschland der Kontrollkommission zu entsenden verstanden habe, so genügt der Hinweis auf die Artikel des Marschalls Foch und des jetzigen Kriegsministers Tardieu, die beide übereinstimmend erklären, daß alles, was Deutschland vernichten mußte, auch zerstört wurde.

Wie soll ein Land, das 6 Millionen Gewehre, 125 000 Maschinengewehre, über 30 000 Minenwerfer, nahezu 60 000 Geschütze und mehr als 15 000 Flugzeuge an seine früheren Gegner abgeliefert bzw. auf Grund der Entarmungsbestimmungen zerstört, über verborgene Bestände an Kriegsmaterial verfügen?

Die Behauptung über eine in den letzten Jahren erfolgte weitgehende industrielle Mobilmachung richtet sich angehts der Wirtschaftslage Deutschlands, der Größe seiner Arbeitslosen Zahl und der Tatsache, daß nach der kürzlich bekanntgegebenen amtlichen Statistik die Zerstörung der deutschen Rüstungsindustrie auf Grund des Verlaufs der Diktats dem Reich 3,5 Milliarden RM kostete, von selbst.

Wenn Flugzeugwerke im Ausland Kriegsflugzeuge bauen, so kann die deutsche Gesetzgebung nie daran hindern. Nach Deutschland ist nicht ein einziges Militärflugzeug eingeführt worden.

Die im französischen Wehrbüro enthaltenen Ausgaben für Kriegsmaterial übersteigen das gesamte deutsche Wehrbüro seit Jahren erheblich. Sie betragen für das französische Landwehr im Jahre 1929, nicht wie Bouillour-Casont behauptet, 359 Millionen Franken, sondern laut Mitteilung „Annuaire militaire“ des Wehrbüros, das die amtlichen französischen Angaben enthält, 1,3 Milliarden Franken, also nahezu das Vierfache der genannten Summe. Sie erreichen im Etatjahr 1930/31 für die französische Wehrmacht zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft nach der amtlichen Rüstungsveröffentlichung Frankreichs die Höhe von 4,68 Milliarden Franken gleich 780 Millionen RM.

Die in Frankreich immer wieder vorgebrachten Nachrichten über deutsche Rüstungsarbeiten in den umliegenden Staaten sind von den nachgebenden Regierungen bemerkt worden. Somit entfällt jeder Grund für eine Fortsetzung dieser völkerrechtswidrigen Polen.

Was endlich die „moralische“ Kriegserklärung in Deutschland anlangt, so gibt es kein besseres Mittel, die berechtigten Forderungen des deutschen Volkes zu bekräftigen, als

die Einlösung des in Versailles gegebenen Abrüstungsverprechens durch die Siegermächte, im gleichen Umfang und nach den gleichen Entarmungsmethoden, um damit die Gleichberechtigung Deutschlands und seine gleiche nationale Sicherheit zu verwirklichen.

## Rundgebung für den Frieden.

Vanderveelde und Lord Robert Cecil auf der Konferenz.

Genf, 7. Februar.

Die Sitzung der Abrüstungskonferenz stellte eine Rundgebung der großen internationalen Verbände und Organisationen für die Abrüstung dar. Zu Worte kamen Vertreter der internationalen Frauenverbände, der internationalen kirchlichen Organisationen, der Studentenverbände, der internationalen sozialistischen Arbeiter und des Weltverbandes der Völkerverbände. Im Namen der internationalen kirchlichen Organisationen sprach in deutscher Sprache der Generalsekretär Müller.

Starke Aufsehen erregte jedoch die Erklärung des früheren belgischen Ministerpräsidenten Vanderveelde als Vorsitzender der sozialistischen Arbeiterinternationale, dessen Ausführungen in grundsätzlichen Punkten mit dem deutschen Standpunkt übereinstimmen.

Vanderveelde verlas die Erklärungen Clemenceaus auf der Versaille Konferenz, in der die Entarmung Deutschlands als der erste Schritt zu einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen erklärt wird. Vanderveelde erklärte ferner:

Das System der Abrüstung kann nur auf der Gleichheit der Rechte und Pflichten begründet werden.

Der internationale Sozialismus verlange Aufhebung der Unterdrückung zwischen Siegern und Besiegten, Aufrechterhaltung der aufgezogenen Abrüstung, aber Ausdehnung derselben auf alle Länder und schließlich eine internationale Kontrolle.

Unter stürmischen Beifall des Saales betrat sodann Lord Robert Cecil als Präsident des Völkerbundes der Völkerverbände die Tribüne. Er betonte sorgfältig, daß er nicht als Vertreter der englischen Regierung spreche, und verlangte völlige Gleichberechtigung aller Mächte in der Abrüstungsfrage, Beilegung der Unterdrückung zwischen Siegern und Besiegten, 25 v. H. der Herabsetzung aller Rüstungsausgaben, allgemeines Verbot derjenigen Waffen, die dem besiegten Staat von den Siegerstaaten verboten worden seien, internationale Kontrolle der Rüstungen.

## Auch Vanderveeldes Rede wurde zensiert.

Der belgische Ministerpräsident Vanderveelde, der im Namen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sprach, sah sich gezwungen, seine Rede mit der Bemerkung zu unterbrechen, daß er auf den ausdrücklichen Wunsch des Präsidiums der Konferenz selber nicht in der Lage sei, einen Teil seiner vorgelegten Erklärungen abzugeben.

Er habe sich jedoch gezwungen, der Konferenz mitzuteilen, daß er seine Rede bereits der internationalen Presse übermitteln, und somit die Veröffentlichung dieses Teiles seiner Rede nicht mehr aufhalten ließe. Er habe dem Wunsch des Präsidiums nachgeben müssen, obwohl er die Auffassung des Präsidiums nicht teilen könne.

Es handelt sich hier um den Teil der Rede, in dem er erklärt, daß die sozialistische Arbeiterklasse keine entscheidenden Ergebnisse von einer Konferenz erwarten könne, in der Regierungen lägen, deren Machtmittel praktische Zugeständnisse verweigern, während fern von hier die Gewalt wütet und das Recht des Stärkeren unter flagranten Verletzung der Verträge und Pakte jetzt mit Blut und Eisen sich Geltung verschafft. Dieser letzte Hinweis auf die Vorgänge im Fernen Osten zwischen China und Japan sowie der erste Hinweis auf Frankreich, sind somit, wie festgestellt werden muß, auf Wunsch des Präsidiums der Abrüstungskonferenz von Vanderveelde nicht verlesen worden.

Dagegen verdrückte Vanderveelde seine schriftlich festgelegte und verteilte Rede in einigen wesentlichen Punkten. Mit großer Entschiedenheit betonte er, daß die unerbittliche Tatsache des gewaltigen Mißverhältnisses zwischen den dem Besiegten gestatteten und den von den Siegern von 1918 wiederhergestellten Rüstungen bestehen bleibe.

Die Rede Vanderveeldes wurde fortgesetzt von stürmischem Beifall der Tribüne unterbrochen.

## Tardieus „Sicherheitsvorschlagn“

Ueber den Inhalt der französischen Vorschläge zur Sicherheits- und Abrüstungsfrage, die ganz unerwartet dem Präsidium der Abrüstungskonferenz unterbreitet worden sind, werden folgende Einzelheiten bekannt:

Die französische Regierung schlägt die Bildung einer internationalen Streitkräfte vor, zu denen jedes Land ein Kontingent stellen soll, und die dem Völkerverbund für die Durchführung seiner Beschlüsse gegen diejenigen Staatshandlungen des Völkerverbundes durchzuführen. Die großen Kriegsschiffe und Flugzeuge unterliegen dem Völkerverbund direkt. Die Zugsüge und Kriegsschiffe militärischer Größe unterliegen der Hoheit der einzelnen Staaten, müssen jedoch dem Völkerverbund im Falle des Sanktionsver-

fahrens nach Artikel 16 des Völkerverbundespatres zur Verfügung gestellt werden. Die Tanks, schwere Artillerie, Unterseeboote, größere Kreuzer, sonstige Panzer- und Einheitsfahrzeuge des Völkerverbundes gegebenenfalls zur Verfügung zu stellen. Luftangriffe werden außerhalb einer bestimmten noch festzulegenden Zone untersagt.

Diese Maßnahmen sind in den französischen Vorschlägen als der Ausbau der gegenwärtig bestehenden Sicherheitsgarantie aufzufassen und sollen das Sanktionsverfahren des Völkerverbundes weiter stärken. Die französischen Vorschläge sehen ferner weitgehende gegenseitige Sicherheitsverpflichtungen der Staaten zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Lage vor.

## Brüning's Rede am Dienstaag.

Die Reihenfolge der Reden in Genf.

Berlin, 6. Februar.

Die Reihenfolge der Reden für die Generalversammlung in Genf auf der Abrüstungskonferenz ist, wie deutscherseits festgestellt wird, nunmehr endgültig bestimmt. Es werden nacheinander sprechen, als erster Simon, als zweiter Tardieu, als dritter Gibson und als vierter der Reichszugler Brüning.

Er wird voraussichtlich erst am Dienstagvormittag seine Rede halten.

Hierzu ist festzustellen, daß die Reihenfolge der Reden keine Preisfrage dargelegt hat. Der Reichszugler hatte zwar ursprünglich die Absicht, sofort nach dem englischen Vertreter, der gebeten hatte, als erster sprechen zu dürfen, das Wort zu ergreifen. Er hat aber, sowie er hörte, daß Tardieu vor ihm formell den Wunsch übermitteln hatte, daß er nach dem englischen Vertreter zu sprechen wünsche, und daß auch der Amerikaner Gibson Wert darauf lege, vor ihm zu sprechen, den Vertretern Frankreichs und der USA. den Vortritt gelassen. Er wird gezwungen sein, zu den Ausführungen Tardieus unmittelbar Stellung zu nehmen. Man nimmt daher an, daß die Rede des Kanzlers erst nach der Rede Tardieus fertiggestellt werden wird. Im Kanzlerkreise sieht man der Rede Brüning mit größter Spannung entgegen, da die Reihenfolge die Haltung der deutschen Regierung auf der Abrüstungskonferenz grundsätzlich für die weiteren Verhandlungen festlegen wird.

## Der französische Vorstoß

Tardieu hat Henderson eine Note überreicht, die in allen Einzelheiten ausgearbeitete Vorschläge Frankreichs für die Organisation der Abrüstung und der Sicherheit enthält. Diese Note stellt den erwarteten Vorstoß der französischen Regierung in der Richtung der Festlegung der Abrüstungskonferenz auf die Sicherheitsfrage dar und enthält das französische Sicherheitsprogramm. Sie entspricht in großen Zügen dem Memorandum, das die französische Regierung am 15. Juli 1931 dem Generalsekretär des Völkerverbundes zur Abrüstungsfrage übermittelte.

## Der Eindruck in Genf.

In der Vollversammlung der Abrüstungskonferenz erklärte Tardieu, daß die französische Abordnung dem Beschluß der Konferenz den Vorkauf der Vorschläge der französischen Abordnung zur Abrüstungsfrage überreicht habe. Die Vorschläge sind gleichzeitig sämtlichen 64 Abordnungen überreicht worden. Eine Zusprache fand in der Sitzung nicht statt.

Die Erklärung Tardieus erfolgte auf ausdrückliche Anforderung des Präsidenten Henderson und hat allgemein tiefen Eindruck hervorgerufen. Die französischen Vorschläge zur Abrüstungs- und Sicherheitsfrage sind der erste amtliche Vorschlag, zu dem die Konferenz nach der Geschäftsbildung Stellung nehmen muß.

Die französischen Vorschläge sind vor ihrer Ueberbringung in der Abrüstungskonferenz vertraulich den Abordnungen der Kleinen Entente, Polens und Englands zur Kenntnisnahme gebracht worden.

## Staatsreich in Memel.

Der Landespräsident von litauischen Offizieren

festgenommen.

Königsberg, 7. Februar.

Nach den bei Königsberger Blättern aus Memel eingegangenen Nachrichten ist der schon seit langem geplante litauische Staatsreich in Memelgebiet zur Tatsache geworden. Der Präsident der memelländischen Landesregierung wurde am Sonntagvormittag von litauischen Offizieren im Landesoberstufenamt festgenommen und in einem Auto entführt. Mit der Führung der Regierungsgeschäfte hat Gouverneur Meyers unter Aufzuchtlassung des Autonomiestates einen großlitauischen Landesrat beauftragt.

Der Gouverneur des Memelgebietes, Meyers, war am Sonntagabend früh aus Königsberg geflohen. Bald darauf erschien er im Landesoberstufenamt. Nachdem er erklärt hatte, daß die von ihm zu ergreifenden Maßnahmen auf Veranlassung der Sowjeten Zentralregierung durchgeführt wurden, verlangte er von einem der im Landesoberstufenamt anwesenden Direktoren, er solle die Führung der Geschäfte übernehmen, was von diesem selbstverständlich abgelehnt wurde. Darauf ließ der Gouverneur einen polizeilich

proklamtischen Landesrat ein und ernannte zu dessen Geschäftsführer den Landesrat Tollhies. Die Geschäftsräume des Präsidenten Böttcher ließ der Gouverneur verriegeln. Die Telephone des Landrats, des Magistrats und des Gerichts wurden gesperrt. Ebenso wurde auch das Telefon zum deutschen Generalkonsulat als „geheißt“ bezeichnet. Nach den letzten Meldungen soll der verhaftete Präsident Böttcher in die litauische Kaserne in Memel gebracht worden sein.

Diese Nachricht ist die Bestätigung der seit geraumer Zeit umlaufenden Gerüchte von einem drohenden litauischen Putsch in Memelland. Zwar hat der litauische Botschafter in Berlin bis zuletzt alle Anfragen, die sich auf solche Gerüchte bezogen, mit Dementis und mit dem Hinweis darauf beantwortet, daß der Druck der Signaturmächte des Memelstaats noch nicht ausreichen würde, um die Selbständigkeit des Memellandes zu sichern, aber die Vorgänge in Memel selbst ließen die Befürchtungen nicht zur Ruhe kommen. Dort ist die an sich schon jezt nun bald zehn Jahren seit der Besetzung Memels durch Litauern herrschende Spannung und Erregung gerade in letzter Zeit besonders gewachsen durch den Kampf, den der Vizepräsident der Regierung, Böttcher, angefangen hatte, Verhandlungen, die dieser in Berlin über landwirtschaftliche Fragen geführt hat, sind ihm von den Litauern als die Ursache einer politischen Verschwörung mit Deutschland ausgelegt worden, kein Mitglied wurde wiederholt verlangt, und als er nicht wich, wurde von litauischer Seite im Landtag ein Mißtrauensantrag eingebracht, der aber abgelehnt wurde. Die sichere Mehrheit des Reichstums in Memelgebiet, die sich nach den Wahlergebnissen für die deutschen Parteien auf mehr als 90 Prozent der Bevölkerung beläuft, machte den Versuch einer Besetzung des deutschen Regierungssitzes auf parlamentarischem Wege ausichtslos. Man griff deshalb zu anderen Mitteln. So wurde, nachdem schon für alle anderen deutschen Zeitungen die Vorzensur besteht, neuerdings auch das Amtsblatt der Regierung für seine amtlichen Bekanntgaben unter Vorzensur gestellt, um die Tätigkeit der Regierung zu erschweren.

Der entscheidende Schritt ist nun am Sonnabend geschehen, nachdem der litauische Gouverneur Mertys von einer Reise nach Romo zurückgekommen war. Er hat erklärt, daß seine Maßregeln auf Anordnungen der Kommando-Zentralregierung zurückzuführen seien und hat einen provisorischen Landesrat gebildet, wodurch die Bestimmungen des Memelstaats aufs gründlichste verletzt wurden. Ein Versuch, die deutschen Mitglieder des Landesdirektoriums zur Mitwirkung an diese Maßnahmen zu veranlassen, ist selbstverständlich gescheitert. Die notwendigen Schritte sowohl der memelländischen Stellen wie der Reichsregierung werden nicht auf sich warten lassen, und die Tatsache, daß der Vize-Landesrat gerade zu seiner Tagung verlammet ist, gibt die Möglichkeit eines schnellen Eingreifens.

### In Schanghai wird weiter gekämpft.

Charbin befreit.

London, 6. Februar.

Wie aus Schanghai gemeldet wird, sind dort mehrere schwere Kämpfe im Gange. Nach der Landung von 1000 japanischen Marineinfanteristen wurde der Nordbahnhof von den Kriegsschiffen unter Feuer genommen. Daran setzte ein heftiger Kampf ein, wobei die Chinesen bisher ihre Stellungen halten konnten. Ein japanisches Flugzeug wurde von zwei chinesischen Flugzeugen, die zum ersten Mal über Schanghai erschienen, abgeschossen.

Der englische Kreuzer „Hera“ und sieben amerikanische Zerstörer sind am Freitag in Schanghai eingetroffen. Es beschäftigt sich, daß die Japaner in Charbin eingedrungen sind.

### Chinesischer Luftangriff.

Nach einer Meldung aus Schanghai griffen zwei chinesische Bombenflugzeuge das Gebäude des japanischen Oberkommandos in Schanghai an. Sie wurden fast zerstört. Von den japanischen Flugzeugen, die sofort aufstiegen, um die Chinesen zu bekämpfen, stürzte ein Flugzeug ab.

### Japan marschiert weiter.

Einer Meldung der „Exchange Telegraph“ sind am Freitag bei der besetzten Stadt Poochian, die am südlichen Jangtse-Fluss und westlich der Wulung-Forts gelegen ist, japanische Truppen in Stärke von 3000 bis 4000 Mann gelandet worden. Die Japaner beabsichtigen, in südlicher Richtung landeinwärts zu marschieren und die Schanhai-Nanking-Eisenbahnlinie abzuschneiden mit dem Hauptziel

weitere chinesische Truppenbefestigungen nach Schanghai zu verbinden. Nach einer Ausrückung des japanischen Außenministers müßten die japanischen Truppen noch etwa drei bis vier Monate in Schanghai bleiben, um dort die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Es hat in London stark enttäuscht, daß Japan entgegen der Bedingung Nr. 1 des englisch-amerikanischen Vorschlages ein e U r n e D i o r i t i n nach Schanghai sendet, womit Japan jede weitere Erörterung über diesen Punkt abschneidet.

### Amerika lenkt ein

Japan getrennte Behandlung der Mandchurefrage in Aussicht gestellt.

Washington, 7. Februar.

Staatssekretär Simon hat in den letzten Tagen in englischer Fühlung mit den Hauptmächten gefanden, um die Einstellung der Feindseligkeiten im Fernen Osten zu erreichen. Er hat zu den beiden Punkten, die Japan von den in England fünf Forderungen der Engländer und Amerikaner ablehnte, Gegenentwürfe ausgearbeitet, die am Montag in Tokio überreicht werden sollen.

In amtlichen Kreisen wird damit gerechnet, daß China zu weitgehenden Zugeständnissen bereit wäre, falls die Kämpfe eingestellt werden sollten. Man hofft, Japan hinsichtlich einer Trennung von Mandchurefrage und Schanghai-Problemen entgegenkommen zu können. Der britische Botschafter hatte mit Unterstaatssekretär Cawle eine Besprechung. Ein Besuch des deutschen Botschafters am Nachmittag bezog sich jedoch nicht auf die Fernostfrage.

Als bemerkenswert verdient festgehalten zu werden, daß die amerikanische Presse gegenüber Japan einlenken beabsichtigt ist.

Die „New York Times“ zählt beispielsweise die japanischen Verdienste in der Mandchurefrage auf. Die „Tribune“ begrüßt es, daß die Japaner nunmehr die internationale Zone bei ihren kriegerischen Handlungen achten und die eigentliche Kampfbahn von Schanghai verlegt haben.

### Die Wulung-Forts befestigt.

Die weifich der Wulung-Forts gebelenden japanischen Truppen, die sich aus vier Bataillonen japanischer Infanterie in Stärke von 3000 Mann und 800 Soldaten zusammensetzen, haben die Forts befestigt, ohne daß von chinesischer Seite Widerstand geleistet wurde.

### Japans Ziel.

Der japanische Admiral Schiojama erklärte: „Nach zwei Tage japanischer Geschützfeuer und Flugzeugbombardement und Schanghais Kriegsschiffen werden aufgehört haben.“

Die eben entlassenen japanischen Armeetruppen, die mit 18 Feldgeschützen ausgerüstet seien, würden einen Angriff auf den Nordbahnhof machen und die Chinesen endgültig aus ihren Stellungen in der Nähe der internationalen Niederlassung vertreiben. Wenn dieses durchgeführt sei, dann würden die japanischen Truppen schnell mit dem Feldzug ein Ende machen unter Verbrennung von 40 bisher noch nicht verwendeten Kriegsfeldzeugen.

Schiojama sagte ferner, daß er darauf verzichtet habe, die schweren Geschütze der japanischen Flotte in Aktion treten zu lassen, da sonst Schanghai zusammengeschossen wäre.

### Russische Vorbereitungen.

Reisende, die in den japanischen Hafen Tsuruga eingetroffen sind, berichten, daß die Russen etwa 70 000 Mann in Wladiwostok zusammengelassen hätten. Es sei das Kriegsgeschick verhängt und 200 russische Emigranten verhaftet worden.

### Hilfe für den Osten

Die neue Notverordnung unterzeichnet.

Berlin, 7. Februar.

Die vom Reichskabinett verabschiedete Verordnung zur beschleunigten Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung im Ostgebiete, die die weitere Finanzierung der Osthilfe auf eine sichere Grundlage stellen und eine beschleunigte Durchführung der Entschuldungsverfahren — in etwa 1 bis 1 1/2 Jahren — ermöglichen soll, ist vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden.

In der Verordnung ist vorgesehen, daß die Gläubiger mit Hypothekendarlehen abgefunden werden können. Die Entschuldungsgelder werden von den deutschen Rentenbank-Abteilung Osthilfe, die zur Höhe von 500 Millionen ausgegeben, mit 4 1/2 v. H. verzinst und in Höhe von

rund 300 Millionen im Rechnungsjahr 1935, mit dem Restbestand im Rechnungsjahr 1938 eingelöst. Zur Verzinsung und Einlösung werden verwendet die Aufbringungsumlage der Industrie, Reichshaushaltsmittel, verfügbare Reingewinne der Rentenbanktreuhandanstalt und die Zins- und Zugschuldungen der Entschuldungssparrenten, die in Höhe der ausgebenen Entschuldungsbriefe auf den entschuldenden Grundstücken eingetragen werden.

Außer den Entschuldungsbriefen ließen für die Durchführung der Entschuldung Darlehen in Höhe von 100 Millionen Markt zur Verfügung, deren Zufkommen sichergestellt ist.

Die danach für die Entschuldung der bereitgestellten Beträge von rund 600 Millionen reichen nach genaueren Schätzungen aus, um den Entschuldungsbedarf im Ostgebiete zu decken. Obwohl die oben angegebene Einlösungzeit der Entschuldungsbriefe verhältnismäßig sehr kurz bemessen ist, wird den Gläubigern auf Grund eingehender Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Rentenanstalten die Möglichkeit gegeben, sich auf die Entschuldungsbriefe durch Rechtsformmöglichkeiten oder Lombardierung alsbald in erheblichem Umfang Barmittel zu verschaffen.

Auf dieser Grundlage kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die landwirtschaftliche Entschuldung im Ostgebiete in den angegebenen Zeiträumen reibungslos durchgeführt wird.

In der gleichen Sitzung hat sich das Reichskabinett eingehend mit der Frage der landwirtschaftlichen Entschuldung beschäftigt. Diese wurde von allen Seiten als vorzüglich bezeichnet. Verhandlungen über die Lösung dieser wichtigen Frage werden bereits in den nächsten Tagen beginnen. Endlich beschäftigte sich das Kabinett mit der weiteren Durchführung der im siebensten Teil der Notverordnung vom 5. Juni 1931 vorgezeichneten Vereinfachungs- und Sparmaßnahmen der öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Kreditorganisationen. Die danach erforderlichen Maßnahmen sollen demnächst in den zuständigen Ministerien geprüft und einer baldigen Lösung zugeführt werden.

### Nationalsozialisten in der Reichswehr.

Änderung der Einstellungsbestimmungen.

Berlin, 6. Februar.

Ende Januar ist eine Änderung der Einstellungsbestimmungen für den Eintritt in die Reichswehr bekannt geworden, daß nämlich die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei kein Hindernis für die Einstellung in die Reichswehr mehr sein darf. Bedinglich die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei macht jetzt allein den Eintritt in die Reichswehr unmöglich.

Dazu wird erklärt, daß es das Bestreben des Reichswehrministeriums sei, den Kreis derer, die vom Eintritt in die Reichswehr ausgeschlossen sind, so eng wie nur möglich zu ziehen. Daß die Änderung der Einstellungsbestimmungen diesen Zweck nicht erreichen werden, durch welche damit erklärt, daß unmöglich sei, solche Ausschließungen für die Nationalsozialisten aufrecht zu erhalten, wenn der Reichspräsident und der Reichsminister mit dem Führer der Nationalsozialisten Verhandlungen führten.

Es wird weiter über darauf verwiesen, daß lediglich die bloße Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei keinen Handlungsgrund mehr bilden sollte. Wer sich von den Reichswehrmännern früher irgendwo im Staatsfeindlichen Sinn betätigt habe, sei es durch Verbrechen, durch Teilnahme an Straftaten, durch Verbrechen oder Verbrechen, dem blicke aus weitehring der Eintritt in die Reichswehr verweigert. Endlich wird betont, daß irgendwelche Betätigung in der Reichswehr im Sinne der Nationalsozialistischen Partei die sofortige Entlassung herbeiführen würde, da in der Reichswehr parteipolitische Betätigung in keiner Weise geduldet werde und gebildet werden könne.

Die Änderung der Einstellungsbestimmungen ist von den führenden Persönlichkeiten im Reichswehrministerium des Innern erörtert worden und der Reichsminister hat sich mit einer solchen Änderung einverstanden erklärt.

### Reichsminister und Kronprinzen.

Verstimmte Zeitungen berichten kommentierend, daß vor kurzem der Reichsminister Brüning zusammen mit dem früheren Kronprinzen bei General Schleicher gerührt habe. An zuständiger Stelle wird erklärt, daß über die privaten Angelegenheiten des Reichsministers keinerlei Auskunft gegeben werden könne. — Serner sei bereits von zuständiger Stelle festgestellt worden, daß zwischen dem Reichsminister und dem früheren Kronprinzen keinerlei politische Betätigung stattgefunden habe.

# JLSE RÖMER

Roman von Elsebeth Borchard

59. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
„Warum gerade jetzt?“ fragte Ute freundlich, indem sie die Sand der anderen bräute und mit ihr zur Wand ging.

Cilly erwiderte und schlug die Augen nieder. Endlich begann sie flüsternd:  
„Ich hätte so gern — etwas erfahren — es war doch — Einverständnis auf Anorau — sie kam nicht weiter in ihrer kranken Rede. Sie hatte plötzlich mit Selbstheit ihrer Hände ertastet.“

„Cilly, liebe Cilly, ich bin aufrichtig und ehrlich zu mir, ich bitte Sie. Sie haben bisher nicht fragen wollen, nicht fragen dürfen, aber heute müssen Sie es mir sagen. Wer war es, der Sie —?“

Cilly blinnte betrend in das erregte Gesicht der sonst so ruhigen, süßeren Freundin:

„Ich dachte — Sie hätten es längst ertastet — ich will kein Geheimnis vor Ihnen haben, und so lautet es mit aus wird — seinen Namen zu nennen — ich bin es Ihnen schuldig: — Horst Uinar war es.“

So war es also Gewissheit, was sie seit gestern geglaubt, gehofft, ja mit Bestimmtheit geglaubt hatte. Aber die erste tief empfundene Genugtuung und Freude wich bald heiligem Schmerz und quälender Reue. Sie beachtete Cillys leises Schmunzeln nicht, sondern sprach aus: „Ich muß nun gehen. Leben Sie wohl!“

Und — Sie wollen mir nur nichts erzählen von ihm?“ brachte Cilly unter Tränen hervor.

„Sagt ich Ute sie mittlerweile als Armes Kind, was sollte sie erzählen? Daß er ein Stück war, der anderen Mädchen nachstellte wie ihr einst — daß er keine Gedanken mehr an seine verlassene Geliebte hatte?“

„Ich habe Ihnen schon früher nichts zu erzählen, Cilly“, antwortete sie laut. „Ich bin nicht —“

selten — vielleicht fällt mir ein anderes Mal etwas ein — jetzt muß ich fort. Gott schütze Sie.“

Nach ehe Cilly Baumann es sich versah, war Ute schon mehrere Schritte von ihr entfernt, und sie sah der schlanken Gestalt wehmütig lächelnd nach, so lange sie konnte.

„Sie aber eilte immer tiefer in den Wald. Es trieb sie so weit wie möglich fort, dahin, wo niemand ihr begegnen, noch sie finden konnte. Was in ihrem Innern tobte, das mußte sie ohne Zeugen durchkämpfen, das mußte sie mit sich allein abmachen.“

Endlich, als sie glaubte, auch Hörs- und Schweite jedeswes Menschen zu sein, mußte sie Halt. Einige gefällte Baumstämme lagen umher, auf einen derselben ließ sie sich nieder und brach das Gesicht in beide Hände vergraben in ein heftiges Schluchzen aus.

Seit des Vaters Tode hatte sie nicht mehr so gemeint, vielleicht überdacht nicht einmal Tränen vergossen, weder als sie von dem Verlust ihres Vermögens erfuhr, noch bei den zahlreichen Widerwärtigkeiten und Demütigungen, die ihre Stellung mit sich brachte. Jetzt verließ sie ihre Kraft und Selbstbeherrschung vor der niedermetzenden Erkenntnis falsch beurteilt, falsch belüßdigt zu haben. Wie das schmerz, was die was tut!

So bezugte Ute und erlittener Angst ihre Schlägen durch den stillen Wald, daß die Bäume, die sie eben noch lüftig in den Zweigen gequälert hatten, verkommen und ein Reih, das in der Nähe geist hatte, laalend den Kopf hob und sich dann mit eiligen Sprüngen in das Dichticht schüßte.

„Mein Himmel, was ist Ihnen zugestoßen? Was fehlt Ihnen, Fräulein Römer?“

Mit einem leichten Schrecken des Schredens sprang Ute auf und ein hilfloser Ausdruck lag in ihren verweinten Augen, als sie Graf Konrad vor sich stehen sah.

„Ich glaube, allein zu sein — ich würde nicht —“ stotterte sie verwirrt.

„Vielleicht wo Sie ich gerade wie Sie die Einsamkeit aufsuchen —“ antwortete er, „und darum begegnen wir uns — oder vielmehr, ich ging den Bönen nach, die mir

in das Herz schnitten — Fräulein Römer, hat — er es etwa noch einmal genaugt — dadurch —“

„Ich würde ihm züchtigen und trauen.“

„Niemand hat mir etwas getan, Herr Graf, als — ich mir allein.“

„Sie sind allein? Wie soll ich das verstehen?“

„Es wurde für unanglich bestommen zumute, und nur langsam und leise antwortete sie:

„Mein nächster Feind wohnt in der eigenen Brust — das Bewußtsein der Schuld.“

„Der Schuld?“ — Fräulein Römer! —“ rief Graf Konrad leicht bebend und beschwörend, „haben Sie Vertrauen zu mir? Was ist das für eine Schuld?“

Trotz seines Drängens ärgerte sie minutenlang. Dann schloß sie die Augen, um ihn nicht ansehen zu müssen, und sagte leise wie vorhin:

„Ein — Schuld gegen — Sie.“

„Gegen mich?“ Wie eine Zentnerlast fiel es von seiner Seele, und er lächelte fast glücklich. „Wenn es nur eine solche ist, dann kann sie nicht groß sein.“

„Doch — sie ist groß —“

„Sängt es mit dem zusammen, was Sie mit neuem einmal sagten? Das heißt, ich drana darauf, daß Sie es sagten: Sie hatten etwas gegen mich?“

„Ja.“

„Sie zweifeln an mir?“

„Ja.“

„Ich könnte er lächerlich auf und läwieg stundenlang.“

„Werden Sie mit heute sagen, was es war?“ fragte er nach einer Weile.

„Erlaube Sie es mir — ich bitte Sie darum, ich habe schon immer genug an meinem Schmerze, und ich begreife mich selbst nicht mehr, wie ich mir durch äußere Umstände mehr klares Urteil, meine Ueberzeugung und meinen Willen also unterwerfen lassen konnte.“

(Fortsetzung folgt.)

# Aus der Heimat und dem Reich.

Kemberg, den 8. Februar 1932.

Es wird davon abgesehen, in diesem Jahre bezüglich des Beginns der Schanzzeiten für männliches Muffelwild eine von den Bestimmungen der Verordnung wegen Jagdbarkeit des Muffelwildes vom 22. Januar 1912 (Pr. G. S. E. 11—) abweichende Regelung zu treffen. Die Schanzzeit für männliches Muffelwild beginnt daher mit dem 1. Februar 1932, so daß der 31. Januar 1932 der letzte Jagdtag ist.

Der Gewerbe-Verein Kemberg hielt bei gutem Besuch seine Generalversammlung im Palmbaum ab. Nach der Vorstandswahl, die die Wiederwahl aller Mitglieder ergab und der Kassenprüfung, hielt der Vuchlachverfänger Kropitz einen eingehenden Vortrag über Fragen, die bei der diesjährigen Steuererklärung zu beachten sind; ferner brachte er Beispiele über die Abzugsmöglichkeiten der Hauszinssteuer, bei der aber ein finanzieller Vorteil sich kaum ergeben dürfte. Er wies auch auf die Abzugsgruppen bei Feststellung der Einkommensteuer hin, auf die ganz besonders geachtet werden müsse. Weiterhin wurde beschlossen, die Beiträge von 80 Pf. auf 100 Pf. pro Monat herabzusetzen, die Steuerberatung mit den erforderlichen Sprechtagen bleibt bestehen. Bei der Besprechung der städtischen Angelegenheiten wurde mit Bewauern festgestellt, daß es dem Magistrat und den Stadtverordneten nicht möglich gewesen sei, eine Entzinsung in der Strompreistrage zu erzielen, so müßten nunmehr immer noch die alten Lichtstrompreise gezahlt werden. Die Vereinsarbeiten in der Stadtverordnetenversammlung werden gebeten, erneut die Lichtstrompreiserhöhung zu beantragen. Der Vorsitzende schloß mit der Bemerkung, daß der Verein am 2. März 5 Jahre bestet und sprach die Hoffnung aus, daß alle Mitglieder dem Verein weiter die Treue halten und daß die noch abzuwickelnden Handwerker und Gewerbetreibenden sich doch zum Zusammenschluß bereit finden möchten.

**Bergwitz, 6. Februar.** Einbrecher verühten gestern nacht die Diebstahl der Bergwitzer Brauereibankwerke zu rauben. Sie gelangten durch ein offenes Fenster in die Wirtsräume und durchsuchten verschiedene Zimmer und Kassen. Außer dem geringen Inhalt einer Portofasse und verschiedene Kleinigkeiten ließen sie nichts in die Hände, da sie sich an dem Geldschrank nicht heranzumachen. Durch ein anderes Fenster sind die unbekannten Täter dann wieder verschwand.

**Radis.** Am letzten Mittwoch, den 3. Februar, veranstaltete der hiesige evgl. Jungmädchenverein „Singende Jugend“ einen zahlreich besuchten Gemeinabend. Eine Reihe von Volksliedern der einheimisch weif gefassten Mädchen mischte ab mit 2 und 3 stimmigen Chorgesängen und Vorträgen des Vortrags- und Mandolinenspiels des Vereins. Dazu kamen gab es theatrale Aufführungen humoristischen Inhalts, bei teilweise hübscher Heiterkeit auszuführen, aber auch solche mit ernstem drücklichen Hintergrund, wie die nach einer bezaubernden Erzählung Emil Formells freibearbeitete Darstellung: „Wie zwit in einer Nacht fariert wurden“ und „Die Verlorne Lant“. Man merkte es den Darstellern an, wie sie sich mit ganzer Hingabe ihrer Aufgabe entledigten. Die wirkungsvolle Bühnenszenen trug bei manchem Zuschauer stichtliche Ueberladung hervor. In der Pause fand eine Dreierdarstellung von Gegenständen statt, die Mitglieder des Frauenvereins gespendet oder junge Mädchen angefertigt hatten. — Der Heimertag des Abends, etwa 100 Markt kommt zum Teil der Arbeit des Jungmädchenvereins, zum Teil der Unterstützung der Armen der Gemeinde zu gute.

## Mit dem Ballon in die Sübftraphosphäre.

Ein fäpner Versuch.

**Bitterfeld.** Der Verein für Luftfahrt Bitterfeld hielt kürzlich seine Jahreshauptversammlung ab. Auf der Tagung ergab man, daß demnach in Bitterfeld ein Zeppelinballon fliegen wird, der der Erforschung der Sübftraphosphäre dienen soll. Der Führer des Ballons ist der Bitterfelder Schüßler, sein Begleiter der Student der Meteorologie S u f f o r e (Berlin). Zur Fahrt wird ein dem Deutschen Luftfahrtverein gehöriger Ballon von 2200 Kubikmeter Verdrängung benutzt. Die Leitung des ganzen Unternehmens hat Professor S u r i n g, dessen Höhenrekord von 10200 Meter erst von Picard überboten wurde. Der Zweck der Fahrt ist die Erforschung von für die Weiterentwicklung bedeutenden Beziehungen.

## Um die Waffenkammer bei Torgau.

**Torgau.** Zu dem Waffenfund auf einer Wiese nahe der Stadtriegelt Anfang Januar dieses Jahres wird von der Aufsichtsstelle Mitleil, daß die Angelegenheit wegen Verdachts des Hochverrats vom Oberreichsanwalt in Leipzig behandelt wird.

## Der Weiterbau des Mittelbandanals

eine wirtschaftliche und sozialpolitische Notwendigkeit.

Wie wir hören, hat der Oberpräsident der Provinz Sachsen sich beim Reichsverkehrsminister besonders nachdrücklich für die schnelle Fertigstellung des Mittelbandanals eingesetzt. Erstverhandlungen hat der Reichsverkehrsminister erklärt, alles tun zu wollen, was in seiner Macht steht, um das Projekt zu fördern.

Diese Erklärung ist für das eigentliche Mittelbandische Industriegebiet deswegen besonders bedeutsam, weil der Mittelbandanal nicht nur den Nord-Süd-Verkehr von Peine bis Magdeburg, sondern auch den Süd-Nord-Verkehr als untrennbare Einheit umfaßt; die Nord-Süd-Verbindung von der Elbe bis Halle und den Anstich nach Leipzig. Der Bau des Südflügels zum Mittelbandanal bietet neben der Gesamtdurchführung auch zahlreiche einzelne Bauvorhaben, die zur Arbeitsbeschaffung geeignet sind. U. a. seien die Saaleflößen genannt. Man darf überzeugt sein, daß die ständigen Kosten der Schleifenreparaturen und die vielen hunderttausende, die der Schiffsahrt und der mit-deutendsten Wirtschaft durch die Schleifenreparaturen verloren gingen, zusammen mit den aus der verfallenden Arbeitslosenunterstützung anfallenden Baumitteln mehr als ausreichen, um wenigstens die dringlichsten Schleifenreparaturen an der Saale in der für den Südflügel benötigten Form durchzuführen.

Ein Mangel an Mitteln kann also als hinderungsgrund zum Bau des Südflügels nicht mehr vorgeführt werden.

## Wegen Hochverrats ins Zuchthaus.

**Leipzig.** Das Reichsgericht verurteilte im Altenauer Sprengstoff-Prozess drei Angeklagte wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu vier, drei und zwei Jahren Zuchthaus. Ein Arbeiter wurde wegen Unterlassung einer Strafanzeige mit acht Monaten Gefängnis bestraft.

## Der Bankdirektor verurteilt Wohlstandsgelehrer.

**Bauhen.** Der stellvertretende Direktor der hiesigen Landständischen Bank hat sich am Samstag vormittag erschossen, weil er Unregelmäßigkeiten bei einer Wohlfahrtsorganisation, deren Kassierer er war, begangen hatte.

## Abtritt des „Sächsischen Landvolks“.

**Dresden.** Die Sächsische Landvolksfraktion im Sächsischen Landtage hat ihre Auflösung beschlossen. Die vier Abgeordneten Schladefrad, Dr. Troll, Hauße und Bauer werden sich der Deutschnationalen Fraktion anschließen, während der bisher schon der drütschnationalen Bauernpartei angehörende Abgeordnete Dr. D a n n e g e r zunächst fraktionslos bleiben wird. Die Auflösung der Fraktion ist eine Folge der Beschlüsse der Vertreterversammlung des Sächsischen Landvolks, sich am Volksbegehren und Volksentscheid auf Landtagsauflösung zu beteiligen, während die drütschnationalen Bauernpartei in ihrer Vertreterversammlung einen Beschluß gegen die Beteiligung am Volksentscheid gefaßt hatte.

Zu dem Abtritt der Fraktion „Sächsisches Landvolk“ zur Deutschnationalen Partei teilt die Reichsregierung mit, daß die Landtagsfraktion „Sächsisches Landvolk“ keine Vertretung der Bauernpartei, sondern die des Sächsischen Landvolks gewesen sei. Die Hare Schöpfung von der Fraktion sei von der Landvolkspartei bereits im Dezember 1931 erfolgt.

## Abtritt der Führer der Sächsischen Wirtschaftspartei zu den Deutschnationalen.

**Dresden.** Die sächsische Landesleitung der Wirtschaftspartei, u. a. der Vorsitzende, der frühere Finanzminister Dr. h. c. W e b e r, der bisherige Leiter der sächsischen Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei, D o e r m e i s t e r K a l l e r u und des Landesamtsleiter Dipl. Volkswirt F i l i e l haben den Abtritt zur Deutschnationalen Partei mit einer Erklärung vollzogen, in der sie darauf hinweisen, daß die Politik der Reichsregierung durch die Beschaffung von Lausanne eine Niederlage erlitten habe. Die Wirtschaftspartei habe in Vertennung der Verbundenheit des Mittelstandes mit einem national registrierten Deutschland ihre bisherige nationale Linie verlassen. Es seien von nachgebenden Führern der Wirtschaftspartei noch in letzter Zeit Verhandlungen geführt worden, die auf eine Vereinigung mit den sogenannten Mittelparteien hinauslaufen würden. Diese Politik dürfe im Interesse des Mittelstandes nicht unterstützt und mitgemacht werden.

## Die Todeshülle im Hansflur.

**Dresden.** Ein unerkannt entkommener Mann war gestern in einem Hansflur auf einen heimtücklichen 40jährigen Kaufmann und dessen Ehefrau aus bisher unbekanntem Grund mehrere Schüsse ab, die den Kaufmann tödlich verletzten. Die Verletzungen der Frau sollen nicht lebensgefährlich sein.

## Dreimal zum Tode verurteilt.

**Leipzig.** Das Reichsgericht hat die Revision des Hilfsarbeiters B e y l e verworfen, der im März vorigen Jahres seine Schwiegereltern, seine Frau und seinen achtjährigen Sohn erschlagen hatte und deshalb vom Schwurgericht in Tübingen wegen dreifachen Mordes dreimal zum Tode verurteilt worden war.

## Durch Geschäftsjahren in den Tod getrieben.

**Bauhen.** Kaufmann Willi W a d e r, Besitzer eines großen Kohlenhandelsgeschäftes, das in letzter Zeit stark unter dem allgemeinen Geschäftsrückgang zu leiden hatte, schied durch Erhängen freiwillig aus dem Leben. Mandat hand im 54. Lebensjahre und spielte früher auch im politischen Leben eine Rolle.

## Falschmünzern auf der Spur.

**Königsbrunn.** Im Schwepzig wurde ein Mann verhaftet, der mit Falschmünzern in Verbindung stehen soll. In letzter Zeit sind in Drütschlag an der preussischen Grenze falsche Pfännterstücke veräußert worden. Der Verhaftete wurde dem Amtsgerichtsgefängnis Königsbrunn zugeführt. Die Untersuchung ist noch im Gange.

## Auf der Spur eines Verbrechens?

**Ostherzog.** Vor etwa 1 1/2 Jahren verschwand nach einer Schlägerei in einer Gastwirtschaft der Maurer Walter P a l t e b u c h von hier. Da die Begleitumstände auf einen Mord schließen ließen, wurde von Polizei und Bevölkerung der Leiche gesucht. Dagegen große Geschäftsbereiten umgegeben und ein Reich ausgezogen wurden, konnte man keine Spur von Paltbuch finden. Die Verhaftung eines Arbeiters wegen Mordverdachts konnte von der Stadtdaritätsanwaltschaft nicht aufrechterhalten werden. Jetzt hat man in der Wiese durch Zufall die völlig aufgeschwemmte Leiche eines Mannes gefunden, in der die Mutter des Paltbuch ihren Sohn wiedererkannte. Die Ursache des Todes ist noch nicht festgestellt, man vermutet jedoch nach wie vor, daß hier ein Mordverbrechen vorliegt.

## Apendiade in der Altmatt.

**Deulser (Rt. Ostherzog).** Bei einem hiesigen Missetter erschienen zwei Männer, die sich als „Kriminalbeamte“ vorstellen, die nach Falschgeld fahndeten. Der Missetter zahlte etwa 300 Mark in Silber und 100 Mark in Papier auf, das die beiden Beichtnahmen. Dann ernsterten sie sich unerwartet.

## Eine neue Gemeinde entsteht.

**Leuna.** Die Kleiniedlung vor der Gemeinde Leuna ist in vollem Gange. Es sind bereits einige hundert Tagelöhner geleistet worden. Die letzte Mauer breite zukünftige Hauptstraße der Siedlung ist bereits im Grundriß zu erkennen. 80 Erwerbslose sind damit beschäftigt, die vom Leunawerker zur Verfügung gestellten Wohnhäuser abzubauen, die für die geplanten 40 Siedlerhäuser wertvolles Baumaterial liefern.

## Gustav Adolf-Polstempel.

**Lützen.** Aus Anlaß der 300jährigen Wiederkehr des Jahres der Schlacht bei Lützen wird von der Stadt ein Gustav Adolf-Jahr veranstaltet. Der Festausbruch hat erwißt, daß alle Postöffnungen aus Lützen mit einem Stempel versehen werden, der auf das Gustav Adolf-Jahr und die Jubiläumsserien hinweist.

Brand in einer Druckerei. Im Druckereigebäude der „Troika“ in Annaburg brach aus bisher unbekannter Ursache ein Brand aus, der einen gefährlichen Umfang anzunehmen schien. Durch die Flammen wurden der Dachstuhl und die Garbenträume des Hauses zerstört. Der Schaden ist bedeutend. Der Druckereibetrieb kann uneingeschränkt aufrechterhalten werden.

**Wegen angeblicher Spionage verhaftet.** In Straßburg wurde ein deutscher Ingenieur namens Paul Emil Reinert verhaftet, dem Spionage zugunsten Deutschlands vorgeworfen wird. Aus der polizeilichen Mitteilung geht nicht hervor, welche einzelnen Vergehen man dem Verhafteten vorwirft. Es wird lediglich betont, daß er sich in der Gegend von Neu-Breilach und Schönau in den Befestigungswerken verächtigt gemacht habe und in dem Befehl von Schiffschiffen lie, die die Spionage einmündig nachweisen. Reinert ist badischer Staatsangehöriger. Seine Verhaftung soll in keinem Zusammenhang mit den Spionagefällen von Mex und Saarbrücken stehen.

## Das Einziehungsvorhaben bei der Sahn-Aktion.

Der Reichsminister des Innern hat durch Rundtelegramm an die Landesregierungen diese darauf hingewiesen, daß größere Städte die Befähigung der Stimmrechtsprüfung der Unternehmungen von Wahlberechtigten für die Reichspräsidentenwahl nicht deshalb vornehmen können, weil sie bereits für mehr als 20000 Eintragungen die Befähigung erteilt haben. Grundsätzlich hat jeder Unterzeichner den Anspruch, daß seine Unterschrift bei der Eintragung berücksichtigt wird. Hiernach sind Gemeindebehörden nicht in der Lage, Erträge um Vornahme weiterer Befähigungen abzulehnen.

**Wieder ein Falschmünzer verhaftet.** Von der Polizei wurde in K o s e n i t h im Kreise Rimpfisch ein Arbeiter der Frankfurter Nickelwerke, namens Leberfänger, als Falschmünzer entlarvt und festgenommen. In seiner Wohnung fand man eine einfache Behälter, mit deren Hilfe Leberfänger falsche Zehn- und Fünfmarkstücke hergestellt hatte. Die Polizei stellte ferner fest, daß der Falschmünzer auch 50-Pfennig-Stücke herzustellen vermag hatte. Bei seiner Vernehmung gab er an, daß Falschgeld als Spielzeug für seine Kinder hergestellt zu haben.

**Im Dienst tödlich verunglückt.** Chemnitz, Abends wurde auf dem Bahnhöfen zwischen Emmitz und Bantzenauer Straße ein 26 Jahre alter Mann in einen Puffer beim Überqueren der Gleise von einem nach Leipzig fahrenden Personenzug tödlich überfahren.

## Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 5. Februar 1932.

Anwesend sind 4 Magistratsmitglieder und 12 Stadtverordnete.

1. Genehmigung der letzten Niederschrift. Diese wird ohne Einwendungen genehmigt.

2. Verwaltungsbericht auf das Jahr 1931. Beigeordneter Kolbe verliest denselben. (In den nächsten Nummern werden wir den Bericht veröffentlichen.) Stv. A. Quibley dankt dem Beigeordneten Kolbe für die ausführlichen Darlegungen.

3. Reminiscenzen a) von einem Beschluß des Magistrats, der die Miete für das Amtsgerichtsgebäude gemäß der Vorverordnung um 10 % der Friedensmiete herabsetzt, b) von einer Verfügung der Regierung über die Pensionierung des Konrektors Rade zum 31. März.

4. Wahl von Prüfern für die Kammeralforscherprüfung.

5. Beihilfe für einen beachtlichen Haushaltungskursus des Landwirtschaftlichen Hausfrauen-Vereins für den Kreis Wittenberg. Der Magistrat schlägt 150 RM vor. Stv. Gärtner ist gegen die Bewilligung, da die Stadt nicht mehr in der Lage sei, Mittel zu bewilligen. Sen Beschlag setzt sich für die Bewilligung ein, ebenso Beigeordneter Kolbe. Er kann die Ausführungen des Stv. Gärtner nicht widerlegen, hält aber die Bewilligung für angebracht, denn durch den Kursus würde doch auch Geld nach Kemberg gebracht. Stv. Jaekel lehnt ebenfalls ab. Stv. Knaf ist der Ansicht, daß man die Sache doch nicht so kurzzerhand abweisen dürfe. Der letzte Kursus hat doch einen guten Erfolg gehabt und er weiß Fälle, daß junge Mädchen nach dem Besuch des Kursus bessere Stellungen erhalten konnten. Stv. Raack macht den Vorschlag, 150 RM zu bewilligen, wenn mindestens 10 Kemberger Mädchen an dem Kursus teilnehmen. Aber auch dieser Vorschlag wird mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

6. Notstandsarbeiten. Die Verammlung nimmt Kenntnis von der Entschliessung des Landesarbeitsamtes Erfurt, daß die vorgelegten Arbeiten an den Gräben als Notstandsarbeiten angesehen werden und daß das Amt die Beihilfen gewährt. Träger der Arbeiten ist die Stadt Kemberg. Die Zuneigung der Arbeiter erfolgt durch das Arbeitsamt Wittenberg. Entlohnung erfolgt bei einer 40-stündigen Arbeitswoche zum Stundenlohn von 45 Pfennigen. Nach Besprechung mit dem Kreisbaumeister, dem Arbeitsamt Wittenberg und Beigeordneten Kolbe wird die Leitung der Arbeiten Karl Galander übertragen. Stv. Quinquen meint sich in klaren Worten gegen diese Regelung. Er ist der Ansicht, daß es zwar nicht gegen notwendig sei, über den Betrag selbst zu sprechen, da Galander die Arbeiten schon übertragen sind, weil er sehr intim mit dem Arbeitsamt ist. Stv. Richter ist der Meinung, daß die Stadt durch die Übernahme von den Wohlfahrtslasten entlastet würde, das sei aber nicht der Fall. In dieser Form hätte die Sache keinen Zweck. Beigeordneter Kolbe vertritt die getroffene Regelung, während Stv. Schäfer der Ansicht ist, daß die Arbeiten vom Magistrat geleitet werden müssen. Stv. Quinquen ergänzt seine Ausführungen dahin, daß er nicht gegen die Notstandsarbeiten ist, sondern gegen die Schließung, die hier vorgenommen worden ist. Galander ist nicht arbeitslos und er würde gegen die Sache ankämpfen, soweit es ihm möglich ist. Er erkennt Galander keineswegs als Facharbeiter an. Stv. Knaf ist der Ansicht, daß die Stadt, da sie mitabzahlt, auch etwas zu sagen haben dürfte. Er schlägt vor, nach der Hälfte der Arbeitszeiten einen Wechsel der Arbeiter vorzunehmen. Stv. Richter hält es für richtig, wenn der Magistrat die Arbeiter vorzuschlagen und nicht Galander; diesen Standpunkt vertritt auch Stv. Schäfer, der vor allen Dingen auch die persönliche

Bedürftigkeit berücksichtigt haben möchte. Beigeordneter Kolbe teilt mit, daß sich das Arbeitsamt die Zuteilung der Arbeiter vorbehalten hat. Stv. Gärtner fragt an, wer Galander die Arbeiten übertragen hat. Stv. Quinque bezeichnet dieses Vorgehen als einen Skandal, als eine öffentliche Schandtat. Galander hätte auch verucht, Unterschriften für den freiwilligen Arbeitsdienst zu sammeln. Stv. Kaefer stellt fest, daß die Stadtorbunden mit der ganzen Sache nichts mehr zu tun haben, sie haben die Mittel bereits bewilligt, und der Magistrat hat die Arbeiten auszuführen. Für die Verammlung käme nur Kenntnisnahme in Frage. Damit ist dieser Punkt erledigt.

7. Bebauungsplan Gartenstraße. Der Bebauungsplan wird genehmigt.

8. Befolgung des Räumereisferrenbanden. Der Magistrat schlägt Gruppe 4 d der Berufslichen Befolgungsordnung vor mit Ausrichtungsmöglichkeit. Anrechnung der Dienstzeit von 1927 an. Stv. Kaefer schlägt Verragung bis zum Eintritt des neuen Bürgermeisters vor. Die Verammlung beschließt dementsprechend. Die Verammlung bittet den Magistrat in der nächsten Sitzung bekanntzugeben, welche Befolgung die städtischen Beamten haben.

9. Anträge des Erwerbslosenausschusses. Es wird geordert:

1. Eine wöchentliche Lebensmittelkarte für alle Erwerbslosen
2. Die Weiterzuteilung von einem Brot wöchentlich.
3. Kohlen auszugeben
4. Zuteilung von Kleidung und Schuhwert an bedürftige Erwerbslose
5. Unentgeltliche Lieferung von Schulbüchern.

Um die baldige Einberufung des Wohlfahrtsausschusses wird erucht.

Stv. V. Ludby fragt den Magistrat, ob noch Mittel vorhanden seien, vom Beigeordneten Kolbe wird dies verneint. Stv. Quinque fragt an, warum die Holzabgabe eingekauft sei. Beigeordneter Kolbe erklärt hierzu, daß es nicht möglich sei, das die Holzholer willfürlich Holz abzuschlagen, dann sei Waldwärter Hilfe auf das größtenteils bedroht worden. Es wird aber wieder Holz zur Verfügung gestellt, sobald die städtischen Forstarbeiter dieses geschnitten haben. Stv. Gärtner und Stv. Kaefer erklären dem Stv. Quinque, daß die Vermittlungen einmal ein Ende haben. Stv. Gärtner will in besonders bedürftigen Fällen helfen, an alle ohne Prüfung der Bedürftigkeit Beihilfen zu gewähren käme nicht mehr in Frage. Das Schreiben wird dem Magistrat zur Stellungnahme über die Beschaffung von Mitteln überwiesen.

110. Strompreisermäßigung. Sen. Nischke schlägt Tab 1. Januar eine Ermäßigung von 10 Prozent vor. Nachträglich ist ein Schreiben der Landeszentrale eingegangen, mit dem diese eine Ermäßigung von 1/10 Pfennig pro Kilowatt gewährt unter ausdrücklichem Vorbehalt des Widerrufs. Für das ganze Jahr würde diese Ermäßigung 120 Mark für das ganze Stadtgebiet bedeuten. Vor der Verammlung wird diese Ermäßigung als ein Aprilscherz bezeichnet.

11. Stv. Gärtner fragt an, ob noch keine Nachricht über die Befestigung des Bürgermeisters vorläge. Beigeordneter Kolbe gibt bekannt, daß eine amtliche Nachricht noch nicht eingegangen sei. Es wird gebeten, bei der Regierung um Genehmigung einzukommen.

12. Sen. Vöigt regt an, dafür einzutreten, daß in Kemberg nicht so häufig die Ferkelmärkte verboten werden sollen. In anderen Städten fänden dieselben häufiger statt.

Darauf geheime Sitzung.

**Dienstag**, den 9. Februar **Bibelstunde**  
abends 8 Uhr im Bürgeraal  
Prediger Westermann-Wittenberg.  
Dazu wird herzlich eingeladen.

## Brennholz-Auktion Köplich

Donnerstag, den 11. Februar 1932 kommen im Forsthaus in Köplich von 10 Uhr an wie üblich zum Angebot von Nr. 171 bis 555:

- 281 rm Kiefernrollen I. Klasse
- 67 rm Kiefernrollen II. Klasse
- 47 rm Laubholzknüppel I. Klasse
- 34 rm Laubholzknüppel II. Klasse
- 1 Partie Kiefern-Stangen

Näheres und Listen im Forsthaus Köplich und beim Rentamt Burgkennig

## Nutzholz-Auktion Schköna

Donnerstag, den 18. Februar kommen in der Weintraube in Gräfenhainichen öffentlich meistbietend zum Angebot:

- aus Revier Schköna Jng. 1-9 (Durchforstungen und Sammeln), 400 Fichten (10-40) = 130 fm
- 4 Eichen (1-6) = 3 fm
- aus Revier Thielehaide Jng. 1-3, 10-25, 32, 34 (Durchforst. u. Sammeln), 425 Fichten = 233 fm (s. 2 Brettholz), ferner
- 26 St = 6 fm, 18 St = 1 fm, 4 St = 1 fm, 10 St = 5 fm, 25 St = 12 fm

Näheres und Listen durch von Bodenhausensche Forstverwaltung Schköna Bez. Halle (S)

## Prima Rind- und Hammelfleisch und frische Flecke

empfehlen Heinrich Schneider

## Prima fettes Rindfleisch und Flecke

empfehlen Ernst Bachmann

## Prima fettes Rindfleisch frische Flecke ff. Würstchen Pfund 80 Pf.

empfehlen Willy Röh

Schlachte und verkaufe ab Mittwoch früh

## Schweinefleisch

Pfund 65 Pfennig

## Wurst und Gebäcktes

Pfund 70 Pfennig

Bestellungen nimmt entgegen Alfred Ballmann, Wittenberg, Str. 46

Empfehle frisch eingetroffen Schellfisch, Fischilet

## grüne Heringe

la. Bollbücklinge, Spotten ger. Schellfisch, Seelachs

Richard Tempelhof, Tel. 256

Frisch eingetroffen

## Grüne Heringe

Schellfisch Fischilet

W. C. Heinicke, Tel. 356

Frisch eingetroffen

## Grüne Heringe

bei J. G. Glaubig

## Gänsefedern

zu verkaufen Berger, Dammisdorf

Maffius

## Hausgrundstück

mit Scheune, Stallung und Garten zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg.

## Bahnhofswirtschaft

Kemberg

Jeden Dienstag

## Stat-Abend

Es ladet freudl. ein C. Böhnte

## Sackwitz

Sonntag, den 14. Februar, von nachmittags 2 Uhr an

## großes Preisstaten

Es laden freundlich ein Bruno Wlner und Frau

## Prima Gänse-Schlachtedern

zu verkaufen. Zu erfragen bei Frau Schulze, Burgstraße 31

## Gesellschaftsspiele

für Jung und Alt in reicher Auswahl

## Fischkegelsspiele

(für Gastwirtschaften besonders geeignet) empfiehlt

## Rich. Arnold :: Kemberg

Empfehle Dienstag 1/2 2 Uhr

## frische Brezeln

Mittwoch 1 Uhr

## Syrich- und Pfannkuchen

Sermann Busch

Morgen Dienstag, von 1/2 2 Uhr ab frische

## Schaum-, Fasten-, Mohn- und Rummel-Brezeln

D. Herrmann, Bäckerei

Morgen Dienstag und Donnerstag ab 1/2 2 Uhr frische

## Schaum- und Fasten-Brezeln

Morgen Dienstag ab 8 Uhr

## ff. Speckfuchen

Bäckerei Berndt

## Altentafchen

Einkaufsbeutel

Reisekoffer

empfehlen in allen Preislagen Richard Arnold

Richard Arnold



## TORPEDO

## Herren- und Damen-Motor-Fahrräder

mit Zweitakt-Sachs-Motor

Steuer- und Führerscheinfrei

Gewicht ca. 33 kg

## Torpedo-Fahrräder und -Schreibmaschinen

## Weilwerke A.-G.

Frankfurt a. M. Rödelheim

## Lenatol

best. Messingputzmittel

empfehlen Richard Arnold

## Kirchweih-Fest im Zillertal

Sonnabend, den 13. Februar, von abends 8 Uhr in sämtlichen Räumen des

## Hotel „Blauer Hecht“ Kemberg

## Kostüm-Fest

des Männer-Turn-Bereins

Belustigungen aller Art

Rutschbahn Dielenbetrieb

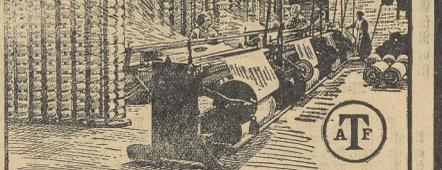
Volkstänze und Schuhplattler

Große Tombola 3 Stimmungskapellen

Eintritt mit Tanz: Damen 50 Pf., Herren 1,— M.

Alle Freunde des deutschen Turnens aus Stadt und Land ladet ein der Männer-Turn-Berein

## Kaufen Sie „Fuhlinlett“



Für dieses hochwertige seidenartige Inlett, genannt

## „Fuhlinlett“

hergestellt aus edler bis ausgefucht edelster Baumwolle, wird für Federichte und Farbestechtheit bei sachgemäßer Behandlung für die Dauer der Verwendung volle Garantie übernommen. Die Ware ist ohne jede Füllappretur und vollständig ausgewaschen.

Allein-Verkauf für Kemberg und Umgegend

## Otto Wildau, Kemberg

Manufaktur-, Putz- u. Modewarenhaus

Sonnabend vormittag entschlief sanft nach langem in großer Geduld ertragenen Krankenlager unser lieber Vater, Schwieger-, Groß-, Urgroßvater und Onkel

der Auszügler

## Albert Kunert

im Alter von 87 Jahren.

Dies zeigen tiefbetäubt an die trauernden Hinterbliebenen

Kemberg, den 6. Februar 1932

Beerdigung findet Dienstag nachmittags 2 Uhr statt

# Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis monatlich für Arbeiter 1,15 M., durch Posten im Voraus bezahlt in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. / Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. erteilt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Reklameweile 40 Pfg., Anzeigengebühren 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingte geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühren: 10.— M. das Laubend, zusätzlich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 17

Dienstag, den 9. Februar 1932

34. Jahrg.

## Freibank-Fleischverkauf.

Dienstag, den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr, gutes Rindfleisch im rohen Zustande. Das Pfund kostet 0,40 RM.

Kemberg, den 8. Februar 1932.  
Der Magistrat.

## „Volk will Hindenburg“

Sahm über die Aktion seines Ausschusses.

Berlin, 7. Februar.

In seiner Unterredung mit einem Pressevertreter über die Aktion des Hindenburg-Ausschusses führte Dr. Sahm u. a. aus: Es sei nicht die Absicht gewesen, eine Probeabstimmung für die Präsidentenwahl zu veranstalten. Dem Ausschuss sei es zunächst darauf angekommen, durch eine Stimmanhebung eine einmündige Rundgebung für den Reichspräsidenten von Hindenburg zu ermöglichen.

Gewiß hätte man die Einsegnungskritik, nachdem in den ersten Stunden des ersten Tages sich schon weit über 20 000 Wähler eingetragen hatten, sofort abbrechen können. Der Ausschuss wollte jedoch den Verlauf der Vertrauensfindung nicht vorsichtig abbrechen. Da der Zustrom zum Einsegnungskreis immer noch anhalte, könne er nur sagen, daß das Ziel des Aufrufes vom Volk klar erfüllt worden sei.

Das endgültige Gesamtergebnis lasse sich naturgemäß nicht so rasch feststellen, wie bei allgemeinen Wahlen, da dem Ausschuss die behördliche Zählapparatur nicht zur Verfügung stehe. Die Mitwirkung der Presse habe sich auf das Beste bewährt. Er hoffe, daß die Zeitungen ihn mit derselben Kraft in der nächsten Woche unterstützen würden. Ihm sei vorgeworfen worden, daß er zu wenig organisiert hätte. Dies sei jedoch Ablicht gemeldet, da einmal hierfür die Zeit zu kurz gewesen wäre und dann auch jetzt noch keine Wahlkampagne eingeleitet werden sollte. Zunächst sollte vielmehr nur dem Gedanken „Das Volk will Hindenburg“ zum Ausdruck verhelfen werden. Für die eigentliche Wahl müsse dann allerdings mehr geschehen.

## Deutsche Abwehr

... gegen französische Lügennachrichten.

Berlin, 7. Februar.

Zu den Behauptungen des Berichterstatters zum französischen Wehrbüreau, Bouillour-Lafont in „Matin“, erklärt das Reichswehrministerium: Die Behauptungen Bouillour-Lafonts enthalten nichts Neues. Sie sind in eine Linie zu stellen mit den kürzlich in gebührender Form zurückgewiesenen Angaben der Senatoren Bourgeois und Ceard.

Was die angeblichen Befände an Material und Munition anlangt, die Deutschland der Kontrollkommission zu entziehen verweigern, so genügt der Hinweis auf die Urteile des Marschalls Foch und des jetzigen Kriegsministers Tardieu, die beide übereinstimmend erklären, daß alles, was Deutschland vernichten mußte, auch zerstört wurde.

Wie soll ein Land, das 6 Millionen Gewehre, 125 000 Maschinengewehre, über 30 000 Minenwerfer, nahezu 60 000 Geschütze und mehr als 15 000 Flugzeuge an seine früheren Gegner abgeliefert bzw. auf Grund der Entarmungsbestimmungen zerstört, über verborgene Befände an Kriegsmaterial verfügen?

Die Behauptung über eine in den letzten Jahren erfolgte weitgehende industrielle Mobilisierung richtet sich angehts der Wirtschaftslage Deutschlands, der Größe seiner Arbeitslosenzahl und der Tatsache, daß nach der kürzlich bekanntgegebenen amtlichen Statistik die Produktion der deutschen Rüstungsindustrie auf Grund des Verlaßlichen Diktats dem Reich 3,5 Milliarden RM kostete, von selbst.

Wenn Flugzeugwerke im Ausland Kriegsluftzeuge bauen, so kann die deutsche Geheubehörde sie nicht daran hindern. Nach Deutschland ist nicht ein einziges Militärflugzeug eingeführt worden.

Die im französischen Wehrbüreau enthaltenen Aussagen für Kriegsmaterial überlegen das gesamte deutsche Wehrbudget seit Jahren erheblich. Sie betragen für das französische Landwehr im Jahre 1929, nicht wie Bouillour-Lafont behauptet, 350 Millionen Franken, sondern laut Anführung „Annuaire militaire“ des Wehrbüreaus, das die amtlichen französischen Angaben enthält, 1,3 Milliarden Franken, also nahezu das Vierfache der genannten Summe. Sie erwidern im Etatjahr 1930/31 für die französische Wehrmacht zu den im Etatjahr 1930/31 in der Zeit nach der amtlichen Rüstungsproduktionsleistung Frankreichs die Höhe von 4,68 Milliarden Franken gleich 780 Millionen RM.

Die in Frankreich immer wieder vorgebrachten Nachrichten über deutsche Rüstungsleistungen in den umliegenden Staaten sind von den maßgebenden Regierungen demontiert worden. Somit entfällt jeder Grund für eine Fortsetzung dieser widererregenden Polemik.

Was endlich die „moralische“ Kriegsrüstung in Deutschland anlangt, so gibt es kein besseres Mittel, die berechtigten Beunruhigten des deutschen Volkes zu beruhigen, als

die Entlohnung des in Verfallenes gegebenen Abrüstungsversprechens durch die Siegermächte, im gleichen Umfang und nach den gleichen Entarmungsmessungen, um damit die Gleichberechtigung Deutschlands und seine gleiche nationale Sicherheit zu gewährleisten.

## Rundgebung für den Frieden.

Vandervelde und Lord Robert Cecil auf der Konferenz.

Genf, 7. Februar.

Die Sitzung der Abrüstungskonferenz stellte eine Rundgebung der großen internationalen Verbände und Organisationen für die Abrüstung dar. Zu Worte kamen Vertreter der internationalen Frauenverbände, der internationalen kirchlichen Organisationen, der Studentenverbände, der internationalen sozialistischen Arbeiter und des Weltverbandes der Völkerverbände. Im Namen der internationalen kirchlichen Organisationen sprach in deutscher Sprache der Generalsekretär Müller.

Starkes Aufsehen erregte jedoch die Erklärung des früheren belgischen Ministerpräsidenten Vandervelde als Vorsitzender der sozialistischen Arbeiterinternationale, dessen Ausführungen in grundsätzlichen Punkten mit dem deutschen Standpunkt übereinstimmten.

Vandervelde verlas die Erklärungen Clemenceaus auf der Verfallener Konferenz, in der die Entarmung Deutschlands als der erste Schritt zu einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen erklärt wird. Vandervelde erklärte ferner:

Das System der Abrüstung kann nur auf der Gleichheit der Rechte und Pflichten begründet werden.

Der internationale Sozialismus verlange Aufhebung der Unterscheidung zwischen Siegern und Besiegten, Aufrechterhaltung der aufgezogenen Abrüstung, aber Ausdehnung derselben auf alle Länder und schließlich eine internationale Kontrolle.

Unter stürmlichem Beifall des Saales betrat sodann Lord Robert Cecil als Präsident des Weltverbandes der Völkerverbände die Tribüne. Er betonte zugleich, daß er nicht als Vertreter der englischen Regierung spreche, und verlangte völlige Gleichberechtigung aller Mächde in der Abrüstungsfrage. Bezeichnung der Unterscheidung zwischen Sieger- und Besiegten-Staaten, 25 v. H. der Herabsetzung aller Rüstungsausgaben, allgemeines Verbot derjenigen Waffen, die dem besiegten Staat von den Siegerstaaten verboten worden seien, internationale Kontrolle der Rüstungen.

## Auch Vanderveldes Rede wurde zensiert.

Der belgische Ministerpräsident Vandervelde, der im Namen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sprach, sah sich gezwungen, seine Rede mit der Bemerkung zu unterbrechen, daß er auf den ausdrücklichen Wunsch des Präsidiums der Konferenz leider nicht in der Lage sei, einen Teil seiner vorgesehenen Erklärungen abzugeben.

Er sehe sich jedoch gezwungen, der Konferenz mitzuteilen, daß er seine Rede bereits der internationalen Presse übermittelt, und somit die Veröffentlichung dieses Teiles

selbst

er

den

Re

mit

der

ter

leg

La

Be

u

id

he

in

er

Re

ter

sch

er

ter

er

er

er

fahrens nach Artikel 16 des Völkerbündnisvertrages zur Verfügung gestellt werden. Die Laus, höhere Artillerie, Unterteilboote, größere Kreuzer, ionische Panzer- und Einleinschiffe, sind gleichfalls dem Völkerbündnisrat gegebenenfalls zur Verfügung zu stellen. Luftangriffe werden außerhalb einer bestimmten noch festzulegenden Zone untersagt.

Diese Maßnahmen sind in den französischen Vorschlägen als der Ausbau der gegenwärtig bestehenden Sicherheitsgarantie aufzufassen und sollen das Sanktionsverfahren des Völkerbundes weiter führen. Die französischen Vorschläge sehen ferner weitgehende gegenseitige Sicherheitspflichten vor. Die Staaten zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Lage vor.

## Brünnings Rede am Diensta.

Die Reihenfolge der Redner in Genf.

Berlin, 6. Februar.

Die Reihenfolge der Redner für die Generalansprache in Genf auf der Abrüstungskonferenz ist, wie mittlerweile festgestellt wird, nunmehr endgültig bestimmt. Es werden nacheinander sprechen, als erster Simon, als zweiter Tardieu, als dritter Gibson und als vierter der Reichsstaatsminister Brüning.

Er wird voraussichtlich erst am Dienstagvormittag seine Rede halten.

Hierzu ist festzustellen, daß die Reihenfolge der Redner keine Preisfrage bargestellt hat. Der Reichsstaatsminister war ursprünglich die Absicht, sofort nach dem englischen Vertreter, der gebeten hatte, als erster sprechen zu dürfen, das Wort zu ergreifen. Er hat aber, wie er hörte, daß Tardieu vor ihm formell den Wunsch übermittelt hatte, daß er nach dem englischen Vertreter zu sprechen möchte, und daß auch der Amerikaner Gibson Wort darauf legte, vor ihm zu sprechen. Den Vertretern Frankreichs und der USA den Vortritt gelassen. Er wird gewannen sein, zu den Ausführungen Tardiens unmittelbarer Stellung zu nehmen. Man nimmt daher an, daß die Rede des Kanzlers erst nach der Rede Tardiens fertiggestellt werden wird. In Konferenztreffen sieht man der Rede Brünnings mit größter Spannung entgegen, da diese Erklärung die Haltung der deutschen Regierung auf der Abrüstungskonferenz grundsätzlich für die weiteren Verhandlungen festlegen wird.

## Der französische Vorkiss

Tardieu hat Henderson eine Note übermittelt, die in allen Einzelheiten ausgearbeitete Vorschläge Frankreichs für die Organisation der Abrüstung und der Sicherheit enthält. Diese Note stellt den erwarteten Vorkiss der französischen Regierung in der Richtung der Festlegung der Abrüstungskonferenz auf die Sicherheitsfrage dar und enthält das französische Sicherheitsprogramm. Sie entspricht in großen Zügen dem Memorandum, das die französische Regierung am 15. Juli 1931 dem Generalsekretär des Völkerbundes zur Abrüstungsfrage übermittelt.

## Der Eindrud in Genf.

In der Vollziehung der Abrüstungskonferenz erklärte Tardieu, daß die französische Abordnung dem Präsidium der Konferenz den Verlauf der Vorkisse der französischen Abordnung zur Abrüstungsfrage übermittelt habe. Die Vorkisse sind gleichzeitig sämtlichen 64 Abordnungen übermittelt worden. Eine Ausprache fand in der Sitzung nicht statt.

Die Erklärung Tardiens erfolgte auf ausdrückliche Aufforderung des Präsidenten Henderson und hat allgemein starken Eindrud hervorgerufen. Die französischen Vorkisse zur Abrüstungs- und Sicherheitsfrage sind der erste amtliche Vorkiss, zu dem die Konferenz nach der Geschäftsordnung Stellung nehmen muß.

Die französischen Vorkisse sind vor ihrer Überreichung in der Abrüstungskonferenz vertraulich den Abordnungen der Kleinen Entente, Polens und Englands zur Kenntnisnahme gebracht worden.

## Staatsstreik in Memel.

Der Landespräsident von litauischen Offizieren festgenommen.

Königsberg, 7. Februar.

Nach den bei Königsberger Blättern aus Memel eingegangenen Nachrichten ist der schon seit langem geplante litauische Staatsstreik im Memelgebiet zur Tatsache geworden. Der Präsident der memelländischen Landesregierung wurde am Sonntagvormittag von litauischen Offizieren im Landesdirektorium festgenommen und in einem Auto entführt. Mit der Führung der Regierungsgeschäfte hat Gouverneur Merks unter Außerachtlassung des Autonomiestaats einen großlitauischen Landesrat beauftragt.

Der Gouverneur des Memelgebietes, Merks, war am Sonntagvormittag aus Romo zurückgekehrt. Bald darauf erschien er im Landesdirektorium. Nachdem er erklärt hatte, daß die von ihm zu ergreifenden Maßnahmen auf Veranlassung der Kommer Zentralregierung durchgeführt würden, verlangte er von einem der im Landesdirektorium anwesenden Direktoren, er solle die Führung der Geschäfte übernehmen, was von diesem selbstverständlich abgelehnt wurde. Darauf legte der Gouverneur einen politischen